

Zeitschrift: Schweizerische Lehrerzeitung
Herausgeber: Schweizerischer Lehrerverein
Band: 114 (1969)
Heft: 40-41

Anhang: Der Pädagogische Beobachter im Kanton Zürich : Organ des Zürcher kantonalen Lehrervereins : Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung, 2. Oktober 1969, Nummer 13

Autor: Schaub, K. / Kronbichler, W. / Sommer, J.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER PÄDAGOGISCHE BEOBACHTER IM KANTON ZÜRICH

Organ des Zürcher Kantonalen Lehrervereins · Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung

ERSCHEINT MONATLICH EIN- ODER ZWEIMAL

63. JAHRGANG

NUMMER 13

2. OKTOBER 1969

Lehrerbildung im Lichte der Öffentlichkeit

Auf Boldern wurde am Donnerstag und Freitag, den 11. und 12. September, Vertretern der aktiven Volksschullehrerschaft, der Lehrerbildungsstätten und der wissenschaftlichen Institute Gelegenheit geboten, zusammen mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung die Lehrerbildung nach verschiedensten Gesichtspunkten zu diskutieren. Damit dürfte es erstmalig sein, dass eines der wichtigsten Schulprobleme schon im Vorstadium der Beratungen von einem Gremium behandelt wurde, das zu einem Drittel aus «Nichtlehrern» bestand, die aber auf die Verwirklichung schulischer Postulate einen entscheidenden Einfluss ausüben.

In seinem einleitenden Referat legte Prof. Dr. Müller-Wieland die Entwicklungstendenzen der modernen Industriegesellschaft und ihre Auswirkung auf Schule und Lehrerbildung dar. Die Bevölkerungsexpansion der vergangenen und der kommenden Jahre muss von der Schule bewältigt werden. Ausländische Arbeitskräfte und zunehmender Fremdenverkehr rufen einer verbesserten Verständigungsmöglichkeit (Bedeutung des Fremdsprachunterrichts). Die Umschichtung der Frauenarbeit schafft den Zustand der berufstätigen Mütter, eine Tatsache, die – ob sie uns gefällt oder nicht – von der Schule erkannt werden muss. Die veränderte physische und psychische Entwicklung des Kindes (sexuelle Frühreife und Haltungsschäden) hat schulische Konsequenzen. Die modernen Arbeitsformen in Industrie und Wirtschaft bedürfen einer Vorbereitung in der Schule. Spezielle Postulate der Volksschule, die sich aus dieser Situation ergeben, sind: Koordinationsbestrebungen, verlängerte und vertiefte Ausbildung, Begabtenförderung. Für die Lehrerbildung fordert der Referent eine Verlängerung der beruflichen Ausbildungszeit (Fernziel: drei Jahre!).

Angesichts dieser Ausgangslage durfte eine fruchtbare Gruppenarbeit erwartet werden, was das Podiumsgespräch, das die Tagung abschloss, auch bestätigte. Es soll nun versucht werden, mit der Darlegung einiger Fragenkomplexe die Stimmung wiederzugeben, die bei dieser Diskussion zum Ausdruck kam.

Der Lehrer müsse aus der *Isolation* heraustreten, *Anforderungen der Gesellschaft* aufnehmen und sich aktiv damit auseinandersetzen, verlangt der Sprecher einer Arbeitsgruppe. Sofort stellt sich die Frage: Was verstehen wir unter «Isolation des Lehrers»? Ist es seine ausschliessliche Beschäftigung mit dem Kinde oder seine allmächtige Stellung als Schulmeister? Wie kann der Lehrer aus dieser Sonderstellung heraustreten? Zum Vorschlag eines zweijährigen Betriebsaufenthaltes nimmt niemand Stellung, dagegen wird darauf hingewiesen, dass das Reallehrerseminar die Betriebspraxis für seine Absolventen kennt und dass schon jetzt Oberseminaristen in mehrwöchigen Sozialpraktika eingesetzt werden.

Der Ansturm an neuem Bildungsstoff ist gross. Denken wir an staatsbürgerlichen Unterricht, Behandlung

des Zivilschutzes, Erste Hilfskurse, sexuelle Aufklärung, Medienkunde. Können diese Forderungen von der Schule aufgenommen werden? Eindeutig kommt zum Ausdruck, dass es nie unsere Aufgabe sein darf, die Bildungsziele nur nach den Wünschen der Gesellschaft auszurichten. Im Vordergrund müssen folgende Fragen stehen: Ist ein Bildungswert für das Kind vorhanden, und wird seine Erlebniswelt mit einbezogen?

Grosse Wellen wirft die Frage nach einer *Gesamtkonzeption des Schulwesens*, in deren Rahmen die Lehrerbildung doch gehöre. Eine solche Konzeption müsste im Blick auf die zukünftige Gesellschaft geschaffen und vom Bestehenden vollständig gelöst werden. Vergleiche mit der Wirtschaft, die veraltete Systeme gänzlich über Bord wirft, wenn es die Situation erfordert, scheinen uns den Weg zu weisen. Ob eine solche Lösung z. B. politisch realisierbar wäre, wird allerdings nicht abgeklärt. Dagegen hält der Präsident des ZKLK fest, dass trotz fehlender Gesamtkonzeption gewisse notwendige Teilreformen durchgeführt werden könnten, ja durchgeführt werden müssten, was nicht heisse, dass nicht gleichzeitig Fernziele gesteckt werden, die uns die Marschrichtung angeben. Dass z. B. die Lehrerbildung und Weiterbildung sofort verbessert werden müssen, zeigte der Ausbildungschef eines grossen Industrieunternehmens anhand eines trefflichen Beispiels:

Der Vorgang des Schweissens hat in den letzten Jahren grosse Veränderungen durchgemacht. Also war seine Firma gezwungen, einen Schweissmeister zur Weiterbildung ins Ausland zu schicken. Erst damit konnte ein zeitgemässes Schweissen in den Werkstätten ermöglicht werden.

Was müssen wir tun, damit in unsern Schulstuben zeitgemäss unterrichtet wird?

Bei der Frage, wie Politiker für ein Reformprogramm gewonnen werden könnten, wird betont, wie wichtig eine geschlossene Front der Lehrerschaft, die *Einigkeit* in den eigenen Reihen sei. Diese würde die Glaubwürdigkeit einer Vorlage und der Dahinterstehenden vor dem Parlament erhöhen. Wenn wir nach Faktoren suchen, die eine Einigung erschweren, drängt sich uns die Vielzahl von Lehrerorganisationen auf (Lehrerverein, Stufenkonferenzen). Aber die anwesenden Stufenpräsidenten erklären übereinstimmend, am Willen für eine gute Zusammenarbeit fehle es nicht, und auch in strittigen Fragen komme immer wieder eine Einigung zustande. Zudem darf an der Berechtigung der Stufenkonferenz nicht gezweifelt werden. Wer würde die Belange der einzelnen Stufen gleichermassen vertreten?

Wenn trotzdem das Bild einer gewissen Uneinigkeit entsteht, ist dies eher als *menschlich unabänderlich* zu betrachten. Wie können 6000 Lehrer wirklich einer Meinung sein? Vergessen wir nicht, dass auch der Titel «Ingenieur HTL» in der betreffenden Berufsgruppe heiss umstritten war. Es genügt selten, dass sich die führenden Gremien einig sind, obwohl nur diese re-

präsentative Geltung haben in bezug auf Meinungsäusserungen ihrer Gefolgschaft.

Als wichtigstes und einheitlich gefordertes Postulat ist zum Schluss der Wunsch nach einer *Planungsstelle* zu nennen. Fachleute des Pädagogischen Instituts und der Pädagogischen Arbeitsstelle sollen zusammen mit Vertretern der Wirtschaft, der Politik und der aktiven Lehrerschaft die Möglichkeit erhalten, sich je nach Bedarf *hauptamtlich* mit Schulfragen zu befassen. Damit würde die Behörde nicht nur entlastet, sondern auch über ein Instrument verfügen, das ihr erlaubt, die in heutiger und zukünftiger Zeit vermehrt anfallenden Probleme zu lösen.

Liegt es nicht im Zuge der Zeit, dass diese Tagung auf Initiative ausserschulischer Kreise (allerdings vehement unterstützt vom Vorstand des ZKLV) zustande kam? Schulprobleme können heute nicht mehr allein von der Lehrerschaft an Regierung und Volk herangetragen werden. Im Gegenteil, die Schule soll ein Anliegen der gesamten Öffentlichkeit sein. Schulische Fragen müssen darum in allen Bevölkerungskreisen auf Interesse stossen und überall einen Rückhalt finden. HE

Zürcher Kantonaler Lehrerverein

Fortsetzung des Protokolls der Delegiertenversammlung vom 21. Juni 1969 («PB» Nr. 12 vom 14. Sept. 1969)

6. Vorschlag für das Jahr 1969 und Festsetzung des Jahresbeitrages 1970

Die Versammlung heisst den Voranschlag für 1969 einstimmig gut. Der Jahresbeitrag wird von der Versammlung auf der bisherigen Höhe von Fr. 22.- belassen, wobei der Vorbehalt angebracht wird, dass er um Fr. 2.- höher wird, falls der Antrag des Vorstandes auf Schaffung eines eigenen Vereinsblattes (Geschäft 8) von den Delegierten angenommen wird.

7. Wahlvorschläge für den Zentralvorstand und die Kommissionen des SLV

Die Versammlung beschliesst, indem sie den Anträgen des Vorstandes folgt, die folgenden Kolleginnen und Kollegen der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lehrervereins vorzuschlagen:

Zentralvorstand:

Eugen Ernst, SL, Wald, bisher
Heinrich Weiss, RL, Zürich, bisher

Redaktionskommission der «Schweiz. Lehrerzeitung»:

Rücktritt von Hans Zweidler, SL, Zürich
Hans Zollinger, SL, Wädenswil, neu

Lehrerweisenstiftung:

Eugen Ernst, SL, Wald, bisher

Stiftung Kur- und Wanderstationen:

Viktor Lippuner, RL, Bubikon, bisher

Jugendschriftenkommission:

Rücktritt von Emil Brennwald, RL, Zürich
Ursula Ruff-Bürgi, PL, Turbenthal, bisher
Bernhard Kaufmann, PL, Uster, neu
Silvia Steinmüller-Risch, SL, Zürich, neu

Kommission für interkantonale Schulfragen:

Rosmarie Lampert, PL, Zürich, bisher
Luise Linder, PL, Zürich, bisher

Aus der Rechnungsprüfungsstelle ist Hans Küng, SL, Küssnacht, zurückgetreten. Gemäss dem Prinzip der Rotation stellt die Sektion Zürich des SLV diesen Sitz dem Wahlkreis II oder V zur Verfügung.

8. Antrag des Kantonalvorstandes auf Schaffung eines selbständigen Vereinsblattes

Die Delegierten erhielten zu diesem Geschäft einen beleuchtenden Bericht. Darin wird im wesentlichen festgehalten:

- Der «Pädagogische Beobachter («PB») in der «Schweizerischen Lehrerzeitung» erreicht nicht alle Mitglieder.
- Durch die genau vorausbestimmten Erscheinungsdaten ist eine rasche Information der Mitglieder nicht möglich.
- Der Umfang ist genau festgelegt. Wichtige Publikationen müssen oft auf mehrere Nummern verteilt werden.
- Vorteile des «PB»: Er wird in der ganzen Schweiz gelesen.
- Durch ein eigenes Vereinsblatt würden die genannten Nachteile des «BP» verschwinden.
- Das Adressenmaterial auf Lochkarten könnte nach verschiedenen Gesichtspunkten aussortiert werden (Sektionen, Vorstände, Stufen usw.).
- Nachteil eines eigenen Vereinsblattes: Es hätte nicht die Resonanz des «PB».
- Finanzielle Konsequenzen: Die Mehrkosten würden Fr. 5000.- betragen, was eine Erhöhung des Jahresbeitrages um Fr. 2.- bedingte.

Der Präsident orientierte über eine Aussprache in dieser Sache mit dem Zentralvorstand des SLV. Dabei zeigte sich von seiten des SLV Verständnis für die Anliegen des ZKLV. Der Schritt zu einem eigenen Vereinsblatt werde zwar bedauert; aber eine gewisse Kompensation soll für den SLV dadurch erfolgen, dass der ZKLV, wie andere Sektionen auch, die Spalte der «SLZ» «Aus den Sektionen» für Mitteilungen benützen sollte, welche von allgemeinem Interesse sind. Der Zentralvorstand orientierte auch über den geplanten Ausbau der «SLZ» und verband damit den Wunsch, der ZKLV sollte das eigene Vereinsblatt vorläufig als einen Versuch auffassen. Sollte die «SLZ» in einem späteren Zeitpunkt in der Lage sein, Bedingungen zu offerieren, welche die bisherigen Nachteile vermeiden, so sollte der ZKLV bereit sein, das Geschäft von neuem zu prüfen und eventuell wieder mit der «SLZ» zusammenspannen.

Der Vorstand des ZKLV ist der Auffassung, dass dies eine durchaus vernünftige Interpretation seiner Absichten ist. Dieses Geschäft kann jederzeit von der Delegiertenversammlung erneut behandelt werden. Der Präsident gibt zu bedenken, dass in diesem Zusammenhang die Struktur der freien Lehrerorganisation im Kanton Zürich neu überdacht werden sollte, um zu befriedigenden Lösungen zu gelangen.

In der Diskussion kommen auch die Ansichten zu Wort, welche vor dem geplanten Schritt warnen. Insbesondere sollten alle Möglichkeiten, die beim Schweizerischen Lehrerverein bestehen, abgeklärt werden. Vom Vorstand aus wird bestritten, dass es Möglichkeiten gebe, die Nachteile des «PB» in seiner heutigen Form in absehbarer Zeit zu beheben. Sollten sich aber solche Möglichkeiten abzeichnen, so ist der Vorstand bereit, auf den Beschluss zurückzukommen. O. Wettstein, Männedorf, stellt den Antrag, das Geschäft an den Vorstand zurückzuweisen.

In der Abstimmung unterliegt der Antrag Wettstein gegenüber dem Antrag des Vorstandes mit allen gegen drei Stimmen. Die Delegiertenversammlung hat demnach beschlossen:

1. Der Kantonalvorstand wird beauftragt, auf den 1. Januar 1970 ein selbstständiges Vereinsblatt des ZKLV herauszugeben.
2. Das Vereinsblatt ist jedem Mitglied zuzustellen.
3. Der Vertrag mit der «Schweiz. Lehrerzeitung» ist ordnungsgemäss auf den 31. Dezember 1969 zu kündigen.

9. Projekt des SLV für ein Lehrerfortbildungsheim in Le Pâquier

Der Schweizerische Lehrerverein ist mit seinen Projektstudien so weit, dass er nun die Unterstützung seiner kantonalen Sektionen braucht. Der Vorstand hat zu diesem Geschäft den Delegierten eine Stellungnahme zukommen lassen. Daraus geht hervor, dass der Vorstand der Meinung ist, dass die Konzeption für dieses Fortbildungsheim noch zu erarbeiten ist, eine Auffassung, welche auch die Planungskommission für die Lehrerweiterbildung teilt.

Der Präsident des Bezirkes Affoltern schlägt im Namen seiner Sektion vor, den Antrag auf die Erstellung eines Lehrerfortbildungsheimes abzulehnen, weil keine Zusicherungen der Erziehungsdirektionen vorliegen, welche eine ganzjährige Benützung gewährleisten. Der SLV soll zuerst ganzjährige Lösungen unter Berücksichtigung vorhandener Schulungszentren und Heime verwirklichen. Darauf wird entgegnet, es sei nicht sinnvoll abzulehnen, wenn ein an sich gutes Vorhaben noch nicht so weit sei, dass es sich verwirklichen lasse. Das Projekt sollte immerhin weiterverfolgt werden.

In der Abstimmung stehen sich der Antrag des Vorstandes und derjenige der Sektion Affoltern gegenüber. Die Delegierten stimmen mit 54 gegen 30 Stimmen, die auf den Antrag Affoltern entfallen, der folgenden Stellungnahme des Vorstandes zu:

1. Die Delegiertenversammlung des Zürcher Kantonalen Lehrervereins sieht in der Schaffung eines schweizerischen Lehrerfortbildungsheimes einen wesentlichen Schritt in der Richtung einer organischen Entwicklung der kantonalen Schulsysteme im Sinne einer echten Koordination.
2. Unerlässliche Voraussetzung für eine fruchtbare Tätigkeit des geplanten schweizerischen Kurszentrums ist die Ausarbeitung einer Konzeption, die die angestrebten Ziele genau festlegt und die Wege, sie zu verwirklichen, aufzeigt.
3. Die Delegiertenversammlung erwartet von den beiden Vertretern des ZKLV im Zentralvorstand des SLV, dass sie sich für die Erarbeitung eines wohl- ausgewogenen, auf gesunder finanzieller Basis stehenden Projektes einsetzen werden.
4. Der Kantonalvorstand wird beauftragt, die notwendigen Vorabklärungen zuhanden des SLV durchzuführen.

10. Allfälliges

10.1. Kollege Hettlinger bemängelt die Abzüge für Berufsauslagen, welche die Volksschullehrer bei der Steuererklärung vornehmen können. Sie sollten den effektiv viel höheren Auslagen angeglichen werden.

Der Präsident gibt bekannt, dass der Vorstand das Problem seit einiger Zeit verfolgt. Er hat beim Steueramt vorgesprochen. Die Pauschalabzüge können erhöht werden, wenn viele Kollegen den Nachweis erbringen (mit Belegen!), dass ihre wirklichen Berufsauslagen höher sind. Das wurde schon früher der Kollegenschaft mitgeteilt. Bis jetzt hat der Vorstand aber

nur von einem Kollegen seine Buchhaltung über Berufsauslagen erhalten. Im übrigen sind die Volksschullehrer gleich eingestuft wie z. B. Redaktoren.

10.2. H. Küttel (Zürich) wünscht, dass die Delegiertenversammlung nicht mehr am Samstag, sondern an einem Mittwoch durchgeführt werde. In einer konsultativen Abstimmung stimmt die Mehrzahl der Anwesenden für den Mittwoch. Der Vorstand wird diese Frage noch genauer prüfen.

Schluss der Versammlung 16.40 Uhr.

Der Protokollführer: K. Schaub

Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich

Aus den Vorstandssitzungen: Mai bis Juli 1969

Mathematik: Der Mathematikunterricht befindet sich in einer Zeit der Reform. Im Zusammenhang mit der Lehrplanrevision sollte ein neuentworfenes Stoffprogramm erprobt werden. Einem Antrag der Mathematikkommission folgend, ersucht der Vorstand den Erziehungsrat, ab Frühling 1970 einen überwachten Schulversuch an rund 30 Sekundarklassen in die Wege zu leiten. Die Lehrkräfte müssten auf diesen Versuch gründlich vorbereitet werden. Durchführung und Ueberwachung des Versuches sollten der erziehungsrätlichen Mathematikkommission übertragen werden.

Herbstschulbeginn und Lehrmittel: Zuhanden der Lehrmittelkommission hatte der Vorstand zu prüfen, ob für das Langschuljahr beim Uebergang auf den Herbstschulbeginn Lehrmittelanpassungen vorzusehen wären. Rücksprachen mit verschiedenen Fachkommissionen ergaben, dass sich vorderhand keine Aenderungen aufdrängen. Auch müssen keine zusätzlichen Stoffprogramme geschaffen werden. Später wird sich die Frage stellen, wie die Biologie unter Berücksichtigung des verschobenen Schulbeginns in den Lehrplan eingegliedert werden soll.

Lehrerbildung: Der Vorstand diskutiert ein vom ZKLV entworfenes Organisationsmodell für die Ausbildung der Volksschullehrer. Ueber Einzelheiten wird zu gegebener Zeit der ZKLV-Vorstand orientieren.

Schulkoordination: ZKLV-Vorstand, Vertretungen der Stufenkonferenzen und der Lehrervereine Zürich und Winterthur erarbeiten eine Diskussionsgrundlage für die Behandlung des Geschäftes «Vernehmlassung über den Schuljahresbeginn, das Schuleintrittsalter und die Dauer der Schulpflicht» in den Kapiteln.

Mitgliederzahl: Unsere Konferenz zählte am 1. April 1969 624 ordentliche, 30 ausserordentliche und 120 Freimitglieder.

PRÄSIDENTENKONFERENZ VOM 12. JUNI 1969

Stellungnahme zu Koordinationsfragen und Schulmodellen:

Der Vorstand hat noch zu keinem Schulmodell Stellung genommen, da er zuerst das Ende der Verhandlungen der Kommission «Anschluss Sekundarschule-Mittelschule» abwarten will. Auch die Präsidentenkonferenz findet, dass die Lehrplanfragen einem vorläufigen Abschluss zuzuführen sind, bevor an langfristige Unternehmungen gedacht werden soll.

Die Kyburg-Tagung der FP/DP forderte für sämtliche Mittelschultypen, welche zu einer eidgenössischen Maturität führen, zwei Anschlüsse, nach der 6. Klasse und nach der 3. Sekundarklasse. Aus der intensiven

Diskussion unter unseren Präsidenten geht hervor, dass man einer Aenderung in der Konzeption unserer Mittelschulen nicht zustimmen kann, ohne dass unser gesamtes Schulwesen neu überdacht werden müsste. Allfällige Neuerungen wären durch überwachte Versuche zu erproben.

JAHRESVERSAMMLUNG

Samstag, 28. Juni 1969, 14.30 Uhr, Universität Zürich
Präsident *Jules Siegfried* kann 220 Kollegen und Gäste begrüßen. Hauptgeschäft ist die *Studenten- und Lehrertafel der Sekundarschule*. Es stehen sich zwei Vorschläge gegenüber, welche in Kurzreferaten nochmals umrissen werden durch die Herren *Max Diener* (Wahlfachvorschlag) und *Markus Diener* (Freifachvorschlag).

In der Diskussion melden sich 15 Kollegen zum Wort. Zugunsten der Wahlfächer sprechen die fast durchwegs erfreulichen Reaktionen bei den teilnehmenden Lehrern und Schülern. Auch viele Eltern und Schulbehörden äusserten sich positiv. Alle modernen Schulmodelle sehen Wahlfächer vor. Die Befürworter der Freifachstudenten- und Lehrertafel sprechen dem Schüler die Fähigkeit ab, selbst eine echte Wahl treffen zu können. Organisatorischen Schwierigkeiten soll ausgewichen werden durch Ausklammerung der Promotionsfächer aus der Freifachliste. Die Freifachstudenten- und Lehrertafel ist realisierbar mit einem Minimum an Pflichtstunden für den Lehrer. Damit ergeben sich innerhalb der Sekundarschule einheitlichere Stundenpläne.

In der Abstimmung sprechen sich 91 Kollegen zugunsten der Freifachstudenten- und Lehrertafel und 84 Kollegen für die Wahlfachstudenten- und Lehrertafel aus.

Einer nächsten Tagung bleibt die Detailberatung der Freifachstudenten- und Lehrertafel vorbehalten.

Kollege *W. Schoop* begründet seinen Antrag, die SKZ möchte sich vermehrt mit aktuellen Bildungsfragen befassen. Der Antragsteller denkt vor allem an Arbeitstagungen, Stufenkapitel und Ausbau des Mitteilungsblattes.

Der Präsident legt dar, dass die Schulreform nicht unsere Stufe allein betrifft. Es ist also sinnvoll, wenn der ZKLV in dieser Angelegenheit die Führung übernimmt.

Der Antrag Schoop – in allgemeiner Form gehalten – wird mit grossem Mehr angenommen. Ebenso findet ein Zusatzantrag von *H. Zollinger* Zustimmung, als Sofortmassnahme sei eine Arbeitstagung zur Diskussion der neuen Oberstufenmodelle zu organisieren.

Auf die Verlesung des Jahresberichtes des Präsidenten wird verzichtet, da er im «Jahrbuch» erscheinen wird. Konferenzrechnung und Voranschlag werden diskussionslos genehmigt.

Der Präsident würdigt die langjährige gewissenhafte Tätigkeit des zurücktretenden Verlagsleiters *Max Gysi*, der unter Mitarbeit seiner ganzen Familie den Verlag in bester Art geführt hat. Auch der zurücktretende Verlagsbuchhalter *Ernst Lauffer* verdient den Dank der Konferenz für seine peinlich exakte Arbeit.

Die Versammlung bestätigt einstimmig die vom Vorstand getroffene Wahl des neuen Verlagsleiters *Hans Reimann*, Tagelswangen-Effretikon.

Schluss der Jahresversammlung 18 Uhr.

J. Sommer

Synodalvorstand und Kapitelspräsidenten

Aus dem Protokoll über die Aussprache mit den Kapitelspräsidenten vom 27. August 1969

Staatsbeitrag an Referentenhonorare

Die Kapitelspräsidentenkonferenz vom 12. März 1969 hat eine Erhöhung des jährlichen Staatsbeitrages an die Honorierung von Referenten an Kapitelsversammlungen beantragt. Der Synodalvorstand hat diesen Antrag weitergeleitet. Die Erziehungsdirektion hat für 1970 folgende erhöhte Ansätze verfügt:

Fr. 700.– pro Kapitel bzw. Fr. 1000.– pro Kapitel, wenn Stufenkapitel stattfinden.

Schulpsychologischer Dienst

Das Schulkapitel Zürich, 4. Abteilung, hat mit einem Schreiben vom 11. August 1969 dem Synodalvorstand die Anregung zu einer Erweiterung des Schulpsychologischen Dienstes unterbreitet. Nach kurzer Diskussion wird dem Vorschlag zugestimmt, dieses Geschäft im Kapitel noch gründlicher zu studieren und gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag an die Prosynode 1970 einzureichen.

Kapitelsabsenzen

Der Präsident des Kapitels Hinwil ersucht um Rechtsbelehrung in der Frage der Kapitelsabsenzen. Für die Beurlaubung der Lehrer gelten immer die kantonalen Regelungen und nicht abweichende Verordnungen der Gemeinden (z. B. Besoldungsordnungen für das Gemeindepersonal).

Im Rahmen der kantonalen Vorschriften kann der Schulpräsident die Lehrer beurlauben. Da auch das RSS eine kantonale Vorschrift ist, kann der Schulpräsident aber einen Lehrer nicht vom Besuch der Kapitelsversammlung dispensieren. Diese Kompetenz steht allein dem Kapitelsvorstand zu, der sich auf das Gutachten des Schulpräsidenten stützt, d. h. es kommt darauf an, ob der Antragsteller auch an einem gewöhnlichen Schultag beurlaubt worden wäre. Die Beweislast liegt beim Antragsteller: Er, und nicht der Kapitelsvorstand, muss das Gutachten des Schulpräsidenten einholen. Es ist ebenfalls unzulässig, an einem Kapitelssamstag Unterricht zu erteilen.

Nach RSS, § 8, entscheidet der Kapitelsvorstand oder das Kapitel über die Zulässigkeit von Entschuldigungen. In der Praxis zeigen die Lehrer wenig Neigung, ihre Entschuldigungsgründe vor dem Kapitel auszubringen. Auch die Rekursmöglichkeit an den Synodalvorstand wird praktisch nicht benützt.

Die Konferenz stimmt einer Anregung zu, über den Synodalvorstand ein Rundschreiben an die Schulpräsidenten zu beantragen, das die Rechtslage bei Beurlaubungen klarstellt.

Aussprache über Funktion und Aufgabe der Schulkapitel
Der Synodalpräsident nimmt zwei sehr kritische Presseartikel über die Schulkapitel zum Ausgangspunkt einer regen Aussprache über Funktion und Aufgabe der Schulkapitel.

F. Seiler, Vizepräsident, appelliert an die Kapitelspräsidenten, die gute Zusammenarbeit mit dem Synodalvorstand im Interesse aller weiterzupflegen. Die bisherigen Erfahrungen sind sehr ermutigend. Der Synodalvorstand muss sich auf die Kapitelspräsidenten und auf die Präsidenten der Stufenkonferenzen und anderer Lehrerorganisationen stützen können.

Der Synodalaktuar: *Dr. W. Kronbichler*